

Stadtvertretung der Landeshauptstadt

Schwerin

Datum: 2009-02-24

Dezernat/ Amt: I/04 Integration der
Zuwanderer und
Ausländerangelegenheiten
Bearbeiter: Herr Dimitri Avramenko
Telefon: 0385 / 5 45 22 11

Beschlussvorlage

Drucksache Nr.

02487/2009

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Dezernentenberatung
Hauptausschuss
Ausschuss für Soziales und Wohnen
Ausschuss für Bauen, Ordnung, Umwelt und Stadtentwicklung
Hauptausschuss
Stadtvertretung

Betreff

Erarbeitung eines Integrationskonzeptes

Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung stimmt

1. der Erarbeitung eines Integrationskonzeptes und
2. der Einberufung eines Beirates zur Koordinierung und fachlichen Begleitung bei der Erstellung des Konzeptes zu.

Begründung

1. Sachverhalt / Problem

Schwerin ist seit mehr als 13 Jahren eine Zuwanderungsstadt. Besonders Kontingentflüchtlinge (Jüdische MigrantenInnen) und SpätaussiedlerInnen sind in großer Zahl Schwerin zugewiesen worden. Sie wohnen schwerpunktmäßig in Neu Zippendorf und dem Mueßer Holz. Aber auch Zuwanderer aus anderen Ländern, z. B. dem arabischen und kurdischen Raum, leben in der Landeshauptstadt Schwerin (insbesondere in der Paulsstadt).

Die Integration dieser Bevölkerungsgruppen ist zwar teilweise erfolgt, doch gibt es noch Defizite. Dies ist insbesondere durch bestehende Vorurteile bei Einheimischen und durch den teilweisen Rückzug von MigrantenInnen in ihre eigene Sprache, Kultur und ihre Gewohnheiten zu beobachten.

Für eine erfolgreiche Integrationsarbeit muss die Eingliederung von MigrantenInnen in den

Arbeitsmarkt ein Schwerpunkt der kommunalen Handlungsfelder sein.

Die Basis der Integration wird in den Kindergärten und Schulen gelegt, daher ist dieses Feld besonders zu stärken. Darüber hinaus ist aufgrund der Altersentwicklung auch bei MigrantenInnen die Versorgung und Betreuung von älteren und alten Menschen thematisch aufzugreifen und konzeptionell zu untermauern. In der Landeshauptstadt Schwerin ist die politische Partizipation von MigrantenInnen und die diesbezügliche Zusammenarbeit von Einheimischen und MigrantenInnen noch nicht stark genug ausgebildet. Darüber hinaus muss die interkulturelle Öffnung in den städtischen Einrichtungen, z.B. Stadtverwaltung, ARGE, Schulen, KITAs usw., gefördert und ausgebaut werden.

Die Landeshauptstadt Schwerin sieht die Integration von MigrantenInnen als eine wesentliche Aufgabe an. Um hierbei eine abgestimmte und zielgerichtete Grundlage zu schaffen, ist die Erarbeitung eines städtischen Integrationskonzeptes beabsichtigt. Dieses soll in Zusammenarbeit mit den politischen Vertretern der Landeshauptstadt Schwerin, der Stadtverwaltung sowie gesellschaftlichen Akteuren und den Trägern der Integrationsarbeit erfolgen. Insbesondere sind hierbei auch die MigrantenInnen einzubeziehen.

Die Koordinierung der Arbeiten und fachliche Begleitung zu diesem Konzept wird einem Beirat obliegen, welcher mit VertreternInnen der Kommunalpolitik und Verwaltung sowie VertreterInnen von Migrantenvereinen bzw. -verbänden besetzt werden soll.

Es ist angedacht, das Integrationskonzept der Landeshauptstadt Schwerin bis zum Jahresende 2009 fertig zu stellen und der Stadtvertretung zur Beschlussfassung vorzulegen.

2. Notwendigkeit

Mit einem Integrationskonzept werden die Ziele in der Integrationsarbeit über einen längeren Zeitraum festgeschrieben. Damit wird eine wichtige Voraussetzung zur Entwicklung und Steuerung von sinnvollen und koordinierten Integrationsangeboten geschaffen. Ein Integrationskonzept bildet damit die Grundlage, finanzielle Mittel ökonomisch einzusetzen und auf neue Förderangebote kurzfristig und effektiv reagieren zu können. Ein Integrationskonzept bindet auch bestehende Institutionen im Bereich der Migration effektiv ein. Dazu gehört die Arbeit des Beauftragten für Integration und Ausländerangelegenheiten ebenso wie das Netzwerk Migration der Landeshauptstadt mit seinem Sprecherrat und den sechs Arbeitstischen.

„Integration zum Thema machen“ ist Inhalt einer Studie des Instituts für Politik und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock, in der Problemanalysen und Handlungsfelder für die Landeshauptstadt Schwerin vorgenommen wurden. Es ist notwendig, die dort vorgelegten Ergebnisse umgehend aufzugreifen und zu verwenden, da sie sonst an Aktualität verlieren werden.

3. Alternativen

Es wird die Studie des Instituts für Politik und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock „Integration zum Thema machen“ als Ausrichtung für die künftige Integrationsarbeit der Landeshauptstadt Schwerin angewandt. Diese stellt eine gelungene Grundlage zur Definition der Integrationsansätze dar, ist jedoch nicht kommunalpolitisch legitimiert und sollte noch konkreter, auf die Besonderheiten der Landeshauptstadt Schwerin eingehender, untersetzt werden.

4. Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse von Familien

Ein Integrationskonzept bietet sowohl Familien mit Migrationshintergrund als auch einheimischen Familien dauerhafte und verlässliche Rahmenbedingungen, um in allen Bereichen vorhandene Vorurteile und Integrationsdefizite abzubauen und die Zusammengehörigkeit zu stärken.

5. Wirtschafts- / Arbeitsmarktrelevanz

Das Integrationskonzept geht von einer Arbeitslosenquote von 51,5 % (Jahresmittelwert 2008) unter den AusländerInnen der Landeshauptstadt Schwerin aus. Darin enthalten sind noch nicht die arbeitslosen Spätaussiedler sowie eingebürgerte Zuwanderer. Durch die Erarbeitung einer Grundlage für arbeitsmarktpolitische Handlungen, kann diese Zahl ggf. verringert werden. Das Integrationskonzept zeigt Möglichkeiten auf, um bestehende Instrumente und Förderprogramme wie Existenzgründungen, Lokales Kapital für soziale Zwecke, Kommunalkombi, Umschulung, Weiterbildung etc. sinnvoll und effektiv einzusetzen.

6. Finanzielle Auswirkungen

Die Erstellung des Integrationskonzeptes bedarf keiner zusätzlichen finanziellen Mittel.

über- bzw. außerplanmäßige Ausgaben / Einnahmen im Haushaltsjahr

Mehrausgaben / Mindereinnahmen in der Haushaltsstelle:

keine

Deckungsvorschlag

Mehreinnahmen / Minderausgaben in der Haushaltsstelle:

keine

Anlagen

Studie der Uni Rostock

gez. Dr. Wolfram Friedersdorff
Beigeordneter

gez. Angelika Gramkow
Oberbürgermeisterin